

1019. Sitzung des Bundesrates am 08. April 2022: Die wichtigsten Ergebnisse

Der Bundesrat hat in seiner 1019. Sitzung am 08. April 2022, 47 Tagesordnungspunkte behandelt. Hamburg war durch die Zweite Bürgermeisterin Fegebank, Senatorin Gallina und Staatsrätin Möller vertreten.

Zum Ergebnis der Sitzung wird folgendes mitgeteilt:

A. Gesetzesbeschluss des Bundestages

TOP 2 Gesetz zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes zur Einführung von **Füllstandsvorgaben für Gasspeicheranlagen** sowie zur Änderung von § 246 des Baugesetzbuchs

Bedingt durch den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine soll mit dem nicht zustimmungspflichtigen Gesetz die Sicherheit der Gasversorgung in Deutschland zukünftig gewährleistet und die Abhängigkeit von Energieimporten verringert werden. Das Gesetz sieht Mindestfüllstände vor: Diese sollen am 1. August 65 Prozent, am 1. Oktober 80 Prozent, am 1. Dezember 90 Prozent und am 1. Februar 40 Prozent betragen. Wenn marktgerechtes Agieren nicht zum Erreichen des Füllstandes führt, lässt der Marktgebietsverantwortliche die Speicher entweder von Marktakteuren im Wege einer Sonderausschreibung befüllen oder kauft selbst Gas ein. Damit soll zum einen das Horten von Speicherkapazitäten vermieden und zum anderen einen Anreiz gesetzt werden, die gebuchten Speicherkapazitäten zu befüllen.

Ferner enthält das Gesetz Vereinfachungen für den Bau von Aufnahmeeinrichtungen, Gemeinschafts- oder sonstigen Unterkünften für Flüchtlinge bis Ende 2024, die von den Vorschriften des Baugesetzbuchs abweichen, um das Verfahren zu vereinfachen.

Ein Antrag auf Anrufung des Vermittlungsausschusses lag nicht vor.

TOP 3 Gesetz zur Gewährung eines einmaligen Heizkostenzuschusses aufgrund stark gestiegener Energiekosten (**Heizkostenzuschussgesetz** - HeizZuschG)

Das nicht zustimmungspflichtige Gesetz sieht für wohngeldbeziehende Haushalte einen nach der Anzahl der berücksichtigten Haushaltsmitglieder gestaffelten einmaligen Zuschuss als Ausgleich für die erhöhten Heizkosten der Heizperiode 2021/2022 vor. Auch nicht bei den Eltern wohnende Auszubildende, die Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz oder dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch beziehen, sowie Teilnehmende einer Aufstiegsfortbildungsmaßnahme, die einen Unterhaltsbeitrag nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz beziehen, werden anspruchsberechtigt für den einmaligen Heizkostenzuschuss. Maßgebend ist in allen Fallkonstellationen, dass der Leistungsbezug in mindestens einem der Monate Oktober 2021 bis März 2022 erfolgte. Statt der bisher geplanten 135 Euro für einen Ein-Personen-Haushalt soll es 270 Euro geben. Für einen Zwei-Personen-Haushalt sollen 350 Euro und 70 Euro für jedes weitere Familienmitglied fließen. Studierende und Auszubildende, die staatliche Hilfen

erhalten, sollen einmalig 230 Euro erhalten. Zudem wird der Zuschuss allen Berechtigten ohne Antragstellung gewährt. Der Bund stellt für den Zuschuss rund 370 Mio. Euro zur Verfügung, so dass mehr als zwei Mio. Menschen von dem Zuschuss profitieren sollen. Das Gesetz soll am 1. Juni 2022 in Kraft treten und bis zum 31. Mai 2032 gelten.

Ein Antrag auf Anrufung des Vermittlungsausschusses lag nicht vor. In einer mit den Stimmen Hamburgs gefassten begleitenden Entschließung wird die Bundesregierung aufgefordert, eine gesetzliche Regelung auf den Weg zu bringen, mit der über den einmaligen Heizkostenzuschuss hinaus die steigenden Energiekosten dauerhaft und nachhaltig abgedeckt werden können. Zudem sollen die angekündigte Klimakomponente im Wohngeld umgesetzt und insbesondere die steigenden Wohnkostenbelastungen nach energetischen Sanierungen im Wohngeld abgebildet werden. Schließlich sei zu prüfen, wie die damit einhergehenden finanziellen Auswirkungen vom Bund allein getragen werden können.

B. Initiative der Länder

TOP 8 Entschließung des Bundesrates zur Änderung der Vorschriften zu den **Vorkaufsrechten im Baugesetzbuch** zum Schutz der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung

Die Entschließung der Länder Berlin, Bremen und Hamburg verfolgt eine gesetzliche Neuregelung des gemeindlichen Vorkaufsrechts auf Bundesebene. Ziel ist die Gewährleistung einer rechtssicheren und wirksamen Ausübung des gemeindlichen Vorkaufsrechts zum Schutz der Wohnbevölkerung insbesondere in angespannten Wohnungsmärkten, um spekulativen Grundstücksgeschäften entgegenzuwirken. Notwendig ist dafür eine schnelle Änderung der Vorschriften im Baugesetzbuch zum Schutz der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung.

Der Entschließungsantrag ist notwendig, weil ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 9. November 2021 der bisherigen Praxis zum Vorkaufsrecht weitgehend die Grundlage entzogen hat. Demnach sei das Vorkaufsrecht in sozialen Erhaltungsgebieten künftig schon dann ausgeschlossen, wenn das Grundstück zum Zeitpunkt des geplanten Verkaufs entsprechend den Zielen und Zwecken der Erhaltungssatzung bebaut ist und genutzt wird. Selbst wenn die Gemeinde Anhaltspunkte für die Annahme habe, dass der Käufer in Zukunft erhaltungswidrige Nutzungsabsichten verfolgen wird, reicht das zur Begründung des Vorkaufsrechts nicht mehr aus.

Der Bundesrat hat sofort in der Sache entschieden und die Entschließung mit einer Maßgabe gefasst. In dieser wird die Forderung gestrichen, spätestens im Zuge der anstehenden Städtebaurechtsreform gesetzlich klarzustellen, dass im Rahmen von Abwendungsvereinbarungen gemäß § 27 BauGB und Verpflichtungserklärungen gemäß § 27a BauGB in die Zukunft gerichtete, ausschließlich an den Zielen und Zwecken der sozialen Erhaltungssatzung orientierte Verpflichtungen der Erwerber rechtssicher vereinbart werden können.

C. Gesetzentwürfe der Bundesregierung

TOP 1 Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2022 (**Haushaltsgesetz 2022**)

Der Bundeshaushalt 2022 sieht Ausgaben von rund 457,6 Mrd. Euro vor, wobei die Ausgaben für Investitionen rund 50,8 Mrd. Euro betragen sollen. Ziel des nicht zustimmungspflichtigen Gesetzentwurfs ist es, die wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie abzufedern und die Wirtschaft zu einer nachhaltigen, klimaneutralen und digitalen Volkswirtschaft umzubauen. Dafür ist bislang eine Neuverschuldung von rund 99,7 Mrd. Euro vorgesehen. Aufgrund der außergewöhnlichen Notsituation ist die Schuldenbremse im Jahr 2022 weiter außer Kraft. Mit einem sog. Ergänzungshaushalt sollen außerdem zusätzliche Mittel bereitgestellt werden, um die wirtschaftlichen Auswirkungen des russischen Angriffs auf die Ukraine abzumildern.

Der Bundesrat hat mit den Stimmen Hamburgs in einer Stellungnahme die erheblichen finanziellen Mehrbedarfe der Länder aufgrund der Corona-Pandemie und der Aufnahme Geflüchteter aus der Ukraine unterstrichen und finanzielle Unterstützung durch den Bund gefordert.

TOP 9a Entwurf eines Gesetzes zur **Änderung des Grundgesetzes (Artikel 87a)**

TOP 9b Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung eines "Sondervermögens Bundeswehr" (**Bundeswehrsondervermögensgesetz - BwSVermG**)

Durch die Änderung des Grundgesetzes wird der Bund ermächtigt ein „Sondervermögen Bundeswehr“ mit einmaliger Kreditermächtigung von bis zu 100 Mrd. Euro zur Stärkung der Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit der Bundeswehr zu errichten. Die Kreditermächtigung ist von der Schuldenregel ausgenommen. Für die Änderung der Verfassung ist eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag erforderlich.

TOP 9b Die Grundgesetzänderung ist Voraussetzung für den nicht zustimmungspflichtigen Gesetzentwurf. Mit den zusätzlichen Investitionen aus dem Sondervermögen will die Bundesregierung erreichen, dass die Bundeswehr wieder ihren verfassungsmäßigen Aufträgen, insbesondere zur Landes- und Bündnisverteidigung, nachkommen kann. Auch die Vorgabe der NATO, insgesamt zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes in die Verteidigung zu investieren, soll so erfüllt werden.

TOP 9a Der Bundesrat hat zu der Grundgesetzänderung keine Stellungnahme abgegeben.

TOP 9b In einer ohne die Stimmen Hamburgs abgegebenen Stellungnahme zum Bundeswehrsondervermögen hat der Bundesrat den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine auf das Schärfste verurteilt und die Verbesserung der Verteidigungs- und Bündnisfähigkeit Deutschlands begrüßt. Er sprach sich außerdem dafür aus, auch den Zivil- und Katastrophenschutz zu stärken.

TOP 10

Entwurf eines Gesetzes zur Erhöhung des **Schutzes durch den gesetzlichen Mindestlohn** und zu Änderungen im Bereich der geringfügigen Beschäftigung

Mit dem nicht zustimmungspflichtigen Gesetz soll der Mindestlohn ab dem 1. Oktober 2022 bundesweit auf 12 Euro pro Stunde erhöht werden. Die Minijob-Grenze steigt auf monatlich 520 Euro und wird entsprechend der Entwicklung des Mindestlohnes dynamisiert. Die Verdienstgrenze für Midi-Jobs wird auf 1.600 Euro pro Monat angehoben. Darüber hinaus wird die Vergütungshöhe bei Teilzeitausbildung konkretisiert.

Der Bundesrat hat mit den Stimmen Hamburgs eine Stellungnahme beschlossen, mit der er die geplanten Regelungen im Bereich der geringfügigen Beschäftigung im Grundsatz begrüßt und die in der Begründung des Gesetzentwurfs zum Ausdruck kommenden Anliegen teilt, Anreize für die Umwandlung in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu schaffen und den Missbrauch von Minijobs als Ersatz für reguläre Arbeitsverhältnisse zu verhindern. Ferner regt er an zu prüfen, welche Anreize gegebenenfalls unterhalb der gesetzlichen Ebene gesetzt werden könnten, um insbesondere Arbeitgeber zur Umwandlung von Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse zu motivieren.

TOP 13

Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Umsetzung steuerlicher Hilfsmaßnahmen zur Bewältigung der Corona-Krise (**Viertes Corona-Steuerhilfegesetz**)

Der zustimmungspflichtige Gesetzentwurf sieht eine Verlängerung wichtiger steuerlicher Erleichterungen bis zum Jahresende vor. Pflégkräfte können einen steuerfreien Corona-Bonus bis zu 3.000 Euro erhalten, die Abgabefristen für Steuerklärungen wurden erneut verlängert, Zuschüsse zum Kurzarbeitergeld bleiben weiterhin steuerfrei, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer können weiterhin die Home-Office-Pauschale nutzen und die Möglichkeit zur degressiven Abschreibung wird auch für im Jahr 2022 angeschaffte Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens zugelassen. Außerdem sind Regelungen für eine erweiterte Verlustrechnung vorgesehen. Die Reinvestitionsfristen für Rücklagen, die in 2022 auslaufen, werden ein weiteres Jahr verlängert. Mit dem Gesetzentwurf sind für den Bund und die Länder erhebliche Steuermindereinnahmen bis einschließlich 2025 verbunden.

Der Bundesrat hat mit den Stimmen Hamburgs zu dem Gesetzentwurf Stellung genommen und sich dafür ausgesprochen, dass der Betrag für steuerfreie Corona-Boni für Beschäftigte im Gesundheitswesen in der Zeit vom 18. November 2021 bis zum 31. März 2022 verdoppelt wird, um so weitere steuerfreie Sonderzahlungen zu ermöglichen. Außerdem hat sich der Bundesrat für Folgeänderungen im Zusammenhang mit der Verlängerung von Erklärungsfristen für die Veranlagungszeiträume 2020 bis 2023 ausgesprochen und angeregt, die Regelung zur Homeoffice-Pauschale nicht nur zu verlängern, sondern eine Neuregelung zu prüfen.

TOP 14 Entwurf eines **Steuerentlastungsgesetzes 2022**

Angesichts erheblicher Preiserhöhungen, insbesondere im Energiebereich, soll mit dem zustimmungspflichtigen Gesetzentwurf die Bevölkerung finanziell und durch Steuervereinfachung entlastet werden. Rückwirkend zum 1. Januar 2022 ist eine Anhebung des Arbeitnehmer-Pauschbetrags bei der Einkommensteuer um 200 Euro auf 1.200 Euro vorgesehen. Der Grundfreibetrag für 2022 von derzeit 9.984 Euro wird um 363 Euro auf 10.347 Euro angehoben, die bis 2026 befristete Anhebung der Entfernungspauschale für Fernpendler (ab dem 21. Kilometer) wird auf 38 Cent sowie die bis 2026 befristete Anhebung der Bemessungsgrundlage für die Mobilitätsprämie vorgezogen.

Der Bundesrat hat mit den Stimmen Hamburgs zu dem Gesetzentwurf keine Einwendungen erhoben.

D. Verordnung der Bundesregierung

TOP 42 Dritte Verordnung zur **Änderung der Direktzahlungen-Durchführungsverordnung**

Mit der Verordnung soll ein Beitrag zur Marktstabilisierung und Verbesserung der Futtersituation geleistet werden. Aktuell dürfen ökologische Vorrangflächen nur sehr eingeschränkt und temporär für die Beweidung mit Schafen oder Ziegen genutzt werden. Die EU-Kommission hat den Mitgliedstaaten jedoch mit Beschluss vom 23. März 2022 erlaubt, diese ausnahmsweise zur Erzeugung von Lebens- und Futtermitteln freizugeben. Hintergrund ist der erhebliche Anstieg der Agrar- und Futtermittelpreise infolge von Turbulenzen auf den internationalen Märkten - ausgelöst durch die russische Invasion in der Ukraine. Die Bundesregierung möchte das Potenzial an Grundfutter erhöhen, um einen Beitrag zur Verbesserung der Versorgung zu leisten, zugleich aber die Biodiversität berücksichtigen. Für 2022 ist eine bundesweite Ausnahmeregel geplant, da die aktuellen Probleme ganz Deutschland betreffen.

Der Bundesrat hat mit den Stimmen Hamburgs der Verordnung zugestimmt.

E. Vorlagen aus dem europäischen Bereich

TOP 17 Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die **Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden** (Neufassung)

Der Richtlinienvorschlag verfolgt das Ziel, durch Verbesserung der Energieeffizienz und Verringerung der Treibhausgas-Emissionen des europäischen Gebäudesektors einen Beitrag zur Erreichung der ambitionierten EU-Klimaziele zu leisten. Im Vorschlag sind Neuregelungen zu den Mindestanforderungen an die Gesamtenergieeffizienz für den Gebäudebestand vorgesehen. Die Verpflichtung zur Renovierung der Nichtwohngebäude mit der schlechtesten Gesamtenergieeffizienz, die über die Effizienzklasse G definiert werden und 15 Prozent der Gebäude mit den schlechtesten Werten im nationalen Gebäudebestand ausmachen sollen in zeitlichen und qualitativen Stufen erfolgen. Nichtwohngebäude einschließlich aller öffentlichen Gebäu-

de sollen ab dem 1. Januar 2027 mindestens Effizienzklasse F und ab dem 1. Januar 2030 mindestens Effizienzklasse E aufweisen. Für Wohngebäude gilt ab dem 1. Januar 2030 mindestens Effizienzklasse F und ab dem 1. Januar 2033 mindestens Effizienzklasse E. Ferner wird die Vorverkabelung der Parkplätze zur Norm für alle neuen Gebäude und Gebäude, die einer größeren Renovierung unterzogen werden. Die Pflicht zur Installation von Ladestationen auf Parkplätzen neuer und renovierter Bürogebäude wird ausgeweitet. Außerdem müssen sie intelligentes Laden ermöglichen. Darüber hinaus werden obligatorische Fahrradabstellplätze in neuen Gebäuden und in Gebäuden, die einer größeren Renovierung unterzogen werden, eingeführt.

Der Bundesrat hat teilweise mit den Stimmen Hamburgs in einer Stellungnahme die Bundesregierung aufgefordert, bei Vorschlägen zur Veränderung des EPBD-Entwurfs (Gebäude-Effizienzrichtlinie) stets auch alternative Maßnahmen einzubringen, um in der Summe die zur Erreichung der Klimaschutzziele nötige Emissionsreduktion trotzdem zu erreichen sowie den Schwerpunkt für die Effizienzförderung beim Neubau insgesamt künftig klar auf die CO₂-Einsparung mit Schwerpunkt Nullemissionsgebäude zu legen. Daher wird das Ziel einer flächendeckenden kommunalen Wärmeplanung, auf deren Grundlage Entscheidungen getroffen werden können, die die Planungsmöglichkeiten des Einzelnen übersteigen und zur Verbesserung der Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden als wichtigen Baustein einer sozial gerechten Klimapolitik beitragen, begrüßt. Jedoch sollte die Richtlinie keine Vorgaben machen, welche konkreten Fördermaßnahmen die Mitgliedstaaten ergreifen müssen, um die Gebäudeenergieeffizienz zu steigern. Ferner sei das fundierte und ganzheitlich-baukulturelle Wissen, das in der Bauforschung, der Denkmalpflege und im substanzorientierten Bauen im Bestand in den letzten 50 Jahren in Europa akkumuliert wurde, in die Strategien zur energetischen Optimierung des Baubestands proaktiv einzubeziehen. Des Weiteren sollten bis 2030 mindestens 15 Mio. vollelektrische Pkw in Deutschland unterwegs sein. Hierfür sei ein zügiger und ambitionierter Ausbau der Ladeinfrastruktur dringend erforderlich. Begrüßt wird ebenfalls, dass die Kommission die Notwendigkeit erkannt hat, dass integrierte Quartiers- und Nachbarschaftsansätze als alternative Lösung, unter Einhaltung von Mindestanforderungen für jedes einzelne Gebäude, untersucht werden sollen.

TOP 19

Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über den **strafrechtlichen Schutz der Umwelt** und zur Ersetzung der Richtlinie 2008/99/EG

Der Richtlinienvorschlag zielt darauf ab, die Ermittlung und Strafverfolgung im Bereich der Umweltkriminalität zu verbessern und hierdurch den Schutz der Umwelt zu stärken. Es sollen operative Hindernisse bei der Strafverfolgung beseitigt, wirksame, verhältnismäßige und abschreckende Sanktionsarten und -höhen vorgesehen und die Prävention verbessert werden. Aufgrund des häufig grenzüberschreitenden Charakters von Umweltkriminalität wird eine Angleichung der umweltstrafrechtlichen Regelungen der Mitgliedstaaten angestrebt. Der Vorschlag enthält Mindestvorgaben insbesondere zu Straftatbeständen und Sanktionen für natürliche und juristische Personen und Regelungen zum Strafanwendungsrecht. Darüber hinaus sind Bestimmungen zur Sicherstellung und Einziehung, Verjährung, zu den verfügbaren Ermittlungsmaßnahmen sowie zur behördlichen Koordination und Zusammenarbeit vorgesehen. Weitere Bestimmungen betreffen den Schutz von

Hinweisgebern, die Beteiligung der betroffenen Öffentlichkeit (wie insbesondere von Umweltverbänden) am Strafverfahren, die Prävention, die Ausstattung der Strafverfolgungsbehörden, die Fortbildung sowie Statistiken, Evaluierung und Berichtspflichten. Zudem soll jeder Mitgliedstaat dazu verpflichtet werden, eine nationale Strategie zur Bekämpfung von Umweltkriminalität zu entwickeln.

Der Bundesrat hat teilweise mit den Stimmen Hamburgs zu dem Richtlinien-vorschlag eine Stellungnahme abgegeben, in der er die Detailtiefe der EU-Regelungen als über das gebotene Maß hinausgehend kritisiert, insbesondere drohten überbordende Strafvorschriften und es bestehe die Gefahr einer Vorverlagerung der Strafbarkeit. Auf Antrag Hamburgs soll zudem klargestellt werden, dass nachträglich genehmigungsfähiges Handeln, bei dem der Genehmigungsverstoß heilbar ist, davon auszunehmen sei. Eine fehlende Genehmigung oder ein Auflagenverstoß allein dürfe keine Strafbarkeit begründen. Bedenken bestehen auch hinsichtlich der Strafverschärfung bei der Verwendung falscher Dokumente bei umfangreichen Planfeststellungsverfahren. Kleinere Planungsmängel oder Ungenauigkeiten in den Unterlagen zu kriminalisieren erscheine unverhältnismäßig. Es sei daher klarzustellen, was unter falsche Dokumente gefasst werden solle.